

Wir haben die Fakten gecheckt!

Die Fraktionen des BFG und des Bündnis 90/Die Grünen haben jüngst Informationen zu ihrem Antrag im Zusammenhang mit der zukünftigen Gocher Wirtschaftsförderung veröffentlicht.

Uns ist sehr wichtig für alle Bürgerinnen und Bürger Transparenz zu beiden Anträgen herzustellen und insbesondere die Fakten weiterhin klar und richtig darzustellen.

1. BFG: „Eigentlich wollen alle das Gleiche. Nur der Weg dahin unterscheidet sich.“

Richtig bleibt: BFG und Grüne wollen Sachbearbeiter in zwei unterschiedlichen Organisationsstrukturen (GO GmbH - 2 Sachbearbeiter und Verwaltung - Stabstelle) verankern. Wir hingegen wollen die Kräfte bündeln und eine schlagkräftige einheitliche Organisation (GmbH) aus der heraus zentral an allen Projekten und Zielen kompakt gearbeitet werden kann, schaffen. Wir bündeln die Wirtschaftsförderung, indem wir Sie aus einer Organisationseinheit heraus wirken lassen.

2. BFG & Grüne sagen: Unterm Strich würde die Lösung für die Stadt deutlich günstiger sein, so die Antragsteller.

Richtig bleibt: Die vorgenommene Priorisierung und Fokussierung ausschließlich auf einen Faktor „Kosten“, also „deutlich günstiger für den städtischen Haushalt, ist trügerisch. Es wird hier auch der falsche Eindruck erweckt, der Antrag der FDP, CDU und SPD würde nicht für Fördermittel qualifiziert sein.

Die Kosten müssen stets auch in einem günstigen Verhältnis zum erwarteten Nutzen stehen. Diese Betrachtung Kosten und Nutzen sowie auch eine weitergehende Betrachtung der Investitionsziele und -erwartungen sowie der Risiken, kommt in der Pressemitteilung von BFG und Grünen zu kurz.

Die Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung und des Stadtmarketings ist überfällig. Der Antrag der FDP, CDU und SPD ist hier ein innovativer Ansatz, der den bisherigen Weg, der nicht zum Erfolg geführt hat, mit einem neuen Weg ersetzt. Der FDP, CDU, SPD-Ansatz, berücksichtigt neben den Risiken auch die notwendige Kosten-Nutzen Betrachtung.

Eine Weiterführung auch bei höherem Mittelansatz, unter weitgehender Beibehaltung der derzeitigen strukturell Konstellation, verspricht keine Verbesserung der Effizienz und Effektivität. Eine solche Investition in falsche Strukturen ist nicht deutlich günstiger, sondern teuer für die Stadt, da die Risiken, zur Erreichung der Zielsetzung und Erwartungen (der Nutzen), zu hoch sind.

3. BFG/Grüne sagen: „Einen Macher zu installieren, geht auch mit einer Stabsstelle beim Bürgermeister.“

Richtig bleibt: Diesen Versuch innerhalb der Verwaltung, haben wir bereits erfolglos hinter uns. Um mit den Akteuren der freien Marktwirtschaft zukünftig wie erforderlich auf Augenhöhe und vor allem schnell interagieren zu können, bedarf es eines alternativen Ansatzes und neuer entsprechender Rahmenbedingungen. In einer Stabsstelle ist der neue Mitarbeiter z.B. nicht nur an die Regeln des kommunalen Haushaltes gebunden, er befindet sich zudem im langwierigen administrativen Stabsprozess einer Verwaltung, in der z. B. keine Maßnahmen über 5.000 € vornehmen kann, ohne diese Leistung zunächst zeit- und kostenaufwändig auszu-schreiben.

Touristische Pakete (Übernachtung, Paddeln und Abendessen) könnten so nicht zeitnah angeboten werden und Kombinationsangebote erlaubt das kommunale Haushaltsgesetz zumindest als direkte Dienstleitung nicht. Es gibt viele weitere Beispiele, die wir heute bereits als Gründe von Ineffizienz und wenig Effektivität beobachten können. Der angestrebte „Macher“ wird auf einer Stabsstelle also nicht zu dem gewünschten Macher, er ist zunächst ein weiterer Stabsarbeiter, eingebunden in die Linie und Hierarchie.

4. Grüne: „Die Stadt besitze schon die Struktur, die beim anderen Plan erst aufgebaut werden müsse.“

Richtig bleibt: Es gibt bereits heute Stabsstellen beim Bürgermeister. Aber die Struktur für die neue GmbH ist ebenfalls bereits vorhanden. Unser Antrag sieht die Umfirmierung einer bereits bestehenden GmbH vor. Die finanzielle und personelle Struktur ist bei uns ebenfalls vorhanden, da wir die bestehende Wirtschaftsförderung (die ja auch eine Struktur hat) zu 100% in die neue GmbH übernehmen.

5. BFG: „Der Leerstand in der City sei Teil einer Veränderung, die nicht aufzuhalten sei.“

Richtig bleibt: Natürlich macht der Onlinehandel es dem Einzelhandel schwer. Wenn man jedoch die Rahmenbedingungen in Goch mit einer flexiblen und agilen Wirtschaftsförderung, die nah an den Unternehmen dran ist, verbessert, können auch Investoren, Käufer und Einzelhändler und Gastronomen wieder verlässlicher planen. Viele Städte in NRW haben gezeigt, dass es geht. In Goch wurde dieser Bereich in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt.

6. BFG: „Als Mitglied des Aufsichtsrates darf man nicht mal seine eigene Fraktion informieren.“

Richtig bleibt: Aufsichtsratssitzungen der beiden Gocher Holdings (wie im Übrigen alle AR-Sitzungen) sind nicht-öffentlich. Es handelt sich um einen fakultativen Aufsichtsrat, in denen die gewählten Fraktionen ihre Vertreter entsenden. Selbstverständlich jedoch darf der Vertreter im nicht-öffentlichen Teil der Fraktionssitzung über die Inhalte des Aufsichtsrates berichten.

7. BFG & Grüne: Eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft bei den Stadtwerken anzugliedern, die nur durch den Aufsichtsrat kontrolliert werden könne.....

Richtig bleibt: Der Aufsichtsrat ist das Kontrollgremium der beiden Holdings (also Stadtwerke und Wirtschaftsbetriebe). Im Aufsichtsrat sitzen entsandte Mitglieder der im Rat vertretenden Fraktionen; demnach hat die Kommunalpolitik stets auch die Kontrolle über alle Gesellschaften einer Holding. Unser Antrag ist sogar noch weitgehender. Neben dem Aufsichtsrat als Kontrollgremium wollen wir explizit für die neue Wirtschaftsförderungsgesellschaft einen Beirat installieren. Dieser besteht ebenfalls aus den Vertretern der gewählten Fraktionen. So besteht also explizit für diese GmbH ein zusätzliches Kontrollgremium.

Was uns bei dieser Aussage im Übrigen sehr verwundert: Die Wirtschaftsförderung ist heute als Abteilung bei der GO! Die Gocher Stadtentwicklungsgesellschaft angesiedelt. Diese GmbH wird über den Aufsichtsrat der Wirtschaftsbetriebe „kontrolliert“. BFG und Grüne wollen das aber exakt nicht ändern wollen und können so auch zukünftig die Wirtschaftsförderung „nur“ über den Aufsichtsrat der Wirtschaftsbetriebe „kontrollieren“. Insofern **widersprechen** sich BFG und Grüne in ihrer Argumentation!

8. BFG: Die Listenverbindung, zu der eigentlich auch die FDP gehört, bedaure sehr, dass bei diesem Thema Christian Peters nicht mitzieht - er steht auf der Seite von CDU und SPD.

Richtig bleibt: Die FDP und Christian Peters stehen auf der Seite der Sachargumente.

Dies war ausschlaggebend für die jetzige Entscheidung, einen gemeinsamen Antrag mit CDU und SPD zu stellen. Er vertritt als Fraktionsvorsitzender die Position der FDP-Fraktion. Die Fraktion hat diese Position in dieser Sache einstimmig beschlossen.

Die FDP hält den im gemeinsamen Antrag mit CDU und SPD formulierten Lösungsweg für zielführender als einen Weg, der den derzeitigen Status Quo lediglich festschreiben würde und aus unserer Sicht die Erwartungen, die zumindest wir mit einer Neuaufstellung und einer agilen und flexiblen Wirtschaftsförderung in Goch verbinden.